

Die CDU im Kreuzverhör



„Nach dieser Vorstellung hat die sächsische CDU wieder ein paar Wählerstimmen weniger“, so ein Mitglied des Sächsischen Bündnisses für Gesundheit 2000 nach dem Gespräch mit der CDU Landtagsabgeordneten, Frau Kerstin Nicolaus, am 27. Februar 2002 in der Sächsischen Landesärztekammer. Und das mit Recht, wenn man sich die konkreten Ergebnisse der Diskussion ansieht: Sie tendieren gegen Null. Hinzu kam die kurzfristige Absage der CDU Bundestagsabgeordneten, Frau Christa Reichard. Aber der Reihe nach.

Statement

Frau Nicolaus griff in ihrem Statement einige Knackpunkte des Systems auf:

- Arbeitslosenzahlen
- Kostenverteilung
- Vernetzung von stationären und ambulanten Bereichen
- Fehlende Privatpatienten
- Größere Patientenverantwortung

Die Lösung der anstehenden Probleme sieht sie in der Trennung von Grund- und Wahlleistungen bei der Gesetzlichen Krankenversicherung, der stärkeren Verbindung von ambulanten und stationären Bereichen (Querverweis Poliklinik) und dem Erheben eines „Eintrittsgeldes“ in

Arztpraxen sowie die Erhöhung der Zuzahlung auf Medikamente für Patienten. Mit all diesen Punkten hatte sie schon genügend Zündstoff für eine kontroverse Diskussion geliefert. Die Anwesenden nutzen die Chance, um auf konkrete Fragen auch konkrete Antworten aus berufenem Mund zu erhalten. Doch die Landtagsabgeordnete blieb sehr unkonkret. Zum einen verwies sie darauf, dass sie als Landespolitikerin wenig Einfluss auf die Bundesebene hat und zum anderen ist ihr das gesundheitspolitische Programm der CDU auf Bundesebene nicht bekannt. Damit grub sie den meisten Fragen den Boden ab. Gut, oder nicht gut. Nach eini-



Von links: MdL Kerstin Nicolaus (CDU), Dr. Joachim Lüddecke, (Präsident Zahnärztekammer), Dr. Gisela Trübsbach (Bündnis 2000, Vorstand SLÄK)

gen lautstarken Unmutsäußerungen gingen die Bündnispartner stärker auf die landespolitische Ebene ein. Die Erhöhung der Honorare für niedergelassene Ärzte ist für Frau Nicolaus ein wichtiges Problem, dessen Lösung sie in der Benachteiligung der angestellten Ärzte sieht, denn eine Angleichung an das Westniveau ist anders nicht zu erreichen. Die Fragen nach einer Einschränkung der Kontrollmacht der Krankenkassen und eine größere Unabhängigkeit des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) ließ sie unbeantwortet. Dagegen will sie mehr Wettbewerb zwischen den

Leistungserbringern im privat-öffentlichen Gesundheitssystem bei bestmöglicher Versorgung der Patienten, um Kosten zu senken und Abläufe zu optimieren. Wie genau das Aussehen soll blieb offen. Befragt nach den Unterschieden zur SPD sagte die Abgeordnete „Die integrierte Versorgung im Gesetz beruht auf einem falschen Ansatz, auch die Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigungen ist nicht das Ziel der CDU“. Und „Ambulanzen sollten als selbstständige Rechteinheiten an Krankenhäuser angegliedert werden“.

Aut-idem, rztmangel, GKV

Wie hält es die CDU mit der Einführung von Aut-idem? Ist das für sie ein taugliches Mittel um die Kosten im Gesundheitssystem zu senken? Wie will die CDU dem bevorstehenden rztmangel begegnen und wie soll es in der gesetzlichen Krankenversicherung weitergehen? Mit vielen Beispielen unterlegten die Bündnispartner die eklatanten Fehlsteuerungen durch die aktuelle Politik. Doch die CDU Abgeordnete ging dazu über, selbst Fragen zu stellen, weil sie keine Antworten geben wollte (oder konnte).

Fazit

„Wir zaumen das Pferd von hinten auf, die Diagnose ist doch klar: Das Gesund-

heitssystem ist am Ende. Doch die Therapie von Seiten der Politik fehlt“, so Frau Dr. Gisela Trubsbach zum Schluss der Diskussion. Das schreckliche Flickwerk bei allen Parteien hilft nicht weiter. Schade ist, dass ein Positionspapier des Sächsischen Bündnis Gesundheit 2000 in der politischen Arbeit der Parteien nicht beachtet wird, obwohl darin viele Lösungsvorschläge enthalten sind. Auch ein Fragenkatalog des Bündnisses blieb in dieser Sitzung unbeantwortet. Aber vielleicht geht die CDU dazu über, Ärzte als Fachleute stärker in die Ausarbeitung von gesundheitspolitischen Programmen mit einzubeziehen, damit sie in Zukunft mehr Fragen beantworten als stellen kann.

Nächste Veranstaltung am 26. April 2002 um 18.30 Uhr mit Prof. Dr. med. habil. Jan Schulze (Präsident der Sächsischen Landesrztelkammer), Jürgen W. Mllemann (Stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP), Rolf Steinbronn (Vorstandsvorsitzender der AOK Sachsen), Dr. Kristian Reinhold (Oberarzt Klinikum Görlitz) und Sabine Hartmann (Leiterin der Landesvertretung der Techniker Krankenkasse).